

Thema des Tages

Was Verantwortung kostet

Die Bundesregierung gibt zu wenig für Verteidigung aus, heißt es oft in der Nato. Doch so einfach geht die Rechnung nicht. Von Volker Perthes

Partner aus anderen Nato-Ländern weisen deutsche Entscheidungsträger immer wieder darauf hin, dass Deutschland dem in der Nato vereinbarten Ziel nicht nachkommt, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung auszugeben. Die deutsche Politik reagiert darauf meist mit dem Hinweis, dass ohnehin nur drei Nato-Staaten, nämlich die USA, Großbritannien und bislang auch Griechenland, mehr als diese zwei Prozent des BIP für Verteidigung aufwenden. Auch habe Deutschland im Unterschied zu vielen anderen, wie etwa Großbritannien, Frankreich oder den USA, seine Verteidigungsausgaben zumindest nicht abgesenkt.

Die Auseinandersetzung geht jedoch an der eigentlichen Frage vorbei. Die müsste lauten: Ist Deutschland und sind die EU-Staaten bereit, die notwendigen Ressourcen aufzubringen, um ihre außenpolitischen Ziele zu erreichen? Zu diesen Zielen gehören natürlich die Sicherheit und die Wohlfahrt der eigenen Bürger, dazu gehört aber auch die Aufrechterhaltung einer liberalen, verrechtlichten internationalen Ordnung. Nehmen sie – anders gefragt – genügend Geld in die Hand, um ihrem Gewicht und ihrem Anspruch entsprechend zu Frieden, Sicherheit und Entwicklung in der Welt beizutragen? Spiegelt die internationale Verantwortung, von der man gern spricht, sich auch in den realen Haushaltszahlen wider?

Letztlich geht es darum, was ein Land insgesamt, materiell und immateriell, für seine internationale Verantwortung aufwendet, die notwendigen Investitionen in Diplomatie, Expertise und strategische Vorausschau ebenso eingeschlossen wie die internationale Finanzhilfe und, natürlich, die Verteidigung.

Verteidigungsausgaben sind also nur ein Indikator für die Bereitschaft, sich international zu engagieren – und sie sind kein Wert an sich: Hohe Verteidigungsausgaben können einer aggressive Politik dienen oder eine Investition in Frieden und Sicherheit darstellen. Haushaltszahlen ins Verhältnis zur Wirtschaftskraft zu setzen, sagt auch nichts darüber aus, wie klug oder wie effizient das Geld eingesetzt wird. Das gilt für das Zwei-Prozent-Ziel bei den Verteidigungsausgaben nicht anders als beim 0,7-Prozent-Ziel für die öffentliche Entwicklungshilfe. Für den internationalen Vergleich ist es sinnvoll, eine Messgröße zu finden, die abbildet, was einem Staat sein internationales Engagement wert ist. Allerdings stellt sich die Frage, ob es dabei sinnvoll ist, den Blick primär auf die Verteidigungsausgaben zu richten.

Schließlich haben unterschiedliche Länder unterschiedliche Präferenzen bei der Wahrnehmung internationaler Aufgaben: Militärische Beiträge zur Sicherung internationaler Seewege, zum Schutz Verbündeter oder zur Friedenssicherung gehören dazu genauso wie Diplomatie, Entwicklungshilfe, Katastrophenhilfe, zivile Krisenprävention, die Unterstützung schwächerer Staaten beim Aufbau von Institutionen oder die internationale Wissenschaftszusammenarbeit.

Um ein einfaches Vergleichsinstrument zu haben, ist es sinnvoll, jeweils die Haushalte zusammen zu betrachten, die vorrangig der Wahrnehmung internationaler Verantwortung dienen. Das sind in Deutschland die Haushalte dreier Ministerien: der des Verteidigungsministeriums mit etwa zehn Prozent des Bundeshaushalts, der des Ministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit ungefähr zwei Prozent, und der des Auswärtigen Amtes. Dessen Anteil am Bundeshaushalt liegt nur bei knapp über einem Prozent, und darin eingeschlossen sind auch die keineswegs unwichtigen Mitgliedsbeiträge Deutschlands bei internationalen Organisationen, die finanzielle Beteiligung an den Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen oder die Ausgaben für humanitäre Hilfe.

Hier wird der Vergleich mit anderen Ländern interessant: So wundert es wenig, dass die USA etwa vier Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung ausgeben. Man kann dies als die Kosten der Weltmachtstellung betrachten, die Washington weiterhin innehat. Allerdings wandten die USA 2013 nur 0,28 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für „auswärtige Angelegenheiten“ auf. Dies schließt das State Department wie auch die Entwicklungsagentur der USA (USAID) ein. Gemessen am Inlandsprodukt geben die USA damit zwar deutlich mehr für Verteidigung, aber weniger für den zivilen Part internationalen Engagements aus als Deutschland: Hier machen die Haushalte des Auswärtigen Amtes und des Entwicklungsministeriums zusammen etwa 0,36 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Beiträge zum EU-Haushalt oder für den Europäischen Stabilitätsmechanismus sind hier nicht eingeschlossen.

Es wäre nun zu leicht zu sagen, dass damit doch alles in Ordnung ist. Militärisch will sich Deutschland ja gar nicht an den USA messen – die Bundesrepublik hat eine andere Rolle im internationalen System, auch eine andere strategische Kultur mit einer deutlichen Präferenz für zivile Mittel. Wenn überhaupt müsste sich Deutschland an europäischen Partnern wie Großbritannien oder Norwegen messen. Großbritannien gehört, wie gesagt, zu den wenigen Nato- und EU-Staaten, die mehr als zwei Prozent ihres BIP für Verteidigung ausgeben. Allerdings gibt Großbritannien auch 0,72 Prozent seines Nationaleinkommens für öffentliche Entwicklungshilfe aus. Die deutschen 0,38 Prozent liegen nur im Mittelfeld der Industriestaaten und damit auch deutlich hinter Ländern wie Finnland oder den Niederlanden, ganz zu schweigen von Dänemark, Luxemburg, Schweden oder Norwegen.

Auch bei einem Vergleich der kombinierten Haushalte der Außen- und der Entwicklungsministerien liegt Großbritannien mit einem Anteil von etwas über 0,5 Prozent am BIP vor dem deutschen Wert. Norwegen, wo das Außenministerium auch

die Zuständigkeit für die Entwicklungszusammenarbeit hat, kommt in dieser Kategorie sogar auf mehr als ein Prozent.

Fazit: Die deutsche Politik hat gute Gründe, ihre Präferenz für zivile Mittel herauszustellen. Sie hat gute Argumente dafür, dass die Bundesrepublik – im Vergleich zum Beispiel zu den USA – zwar relativ gesehen weniger fürs Militär ausgibt, dafür aber mehr für Diplomatie und Entwicklung. Diese Argumente verlieren jedoch an Wirkung, wenn man das deutsche Engagement mit dem einiger der wichtigsten europäischen Partner vergleicht. Es gibt eine ganze Reihe von Ländern, die sich ihr internationales Engagement – ob Verteidigung, Diplomatie oder Entwicklungspolitik – deutlich mehr kosten lassen. Dieses Verhältnis könnte die Bundesrepublik durchaus verbessern.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Dienstag, den 01. Juli 2014, Seite 2